Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 221 | Dresden, Mittwoch den 22. September 1926 | 37. Jahrg.

Der Nationalismus geschlagen

Die Regierung Poincaré begrüßt die deutsch-französische Verständigung und fordert praktische Durchführung

Die amtliche Erklärung

Paris, 21. September.

Der Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Doumergue kurz vor 10 Uhr zusammengetreten war, dauerte bis 12½ Uhr. Die nach Schluß der Beratung ausgegebene amtliche Erklärung lautet:

„Der Außenminister Briand hat über die Haltung und die Arbeiten der französischen Delegation in Genf Bericht erstattet. Die Regierung hat ihm zu den erreichten Resultaten beglückwünscht. Ferner hat Briand das Kabinett über seine Unterhaltung mit Stresemann unterrichtet. Im Ministerrat herrscht Einstimmigkeit über die Wichtigkeit dieser Besprechungen und über die Notwendigkeit, sie fortzusetzen. In den nächsten Sitzungen des Ministerrats soll die Prüfung der technischen Probleme vorgenommen werden, die sich bei diesen Verhandlungen ergeben können."

Der nächste Ministerrat wird am 1. Oktober stattfinden.

* * *

Der Weg und das Ziel

Dieser Stellungnahme der französischen Regierung kommt eine große Bedeutung zu. Zunächst eine symbolische, denn sie bestätigt, daß selbst unter dem gewaltigsten nationalistischen Ministerpräsidenten (Poincaré) und bei Anteilnahme weiterer vier Minister aus der Führerclique des Nationalen Blocks die Bereitschaft zur Aussöhnung mit Deutschland nicht mehr versagt werden kann. Im Gegenteil: gerade diese nationalistischen Volksführer müssen nunmehr die Gesamtverständigung begrüßen und ihre Durchführung fordern, fördern und beschleunigen. Welch eine Niederlage des nationalistischen Hasses, der nationalistischen Verhetzung, des nationalistischen Imperialismus!

Und die Bedeutung des Beschlusses für die Praxis ist noch folgenreicher und weitwirkender. Denn nun muß angefangen werden mit dem Abbau all der Bedrückungen, die der Versailler Siegesvertrag Deutschland für fünfzehn Jahre auferlegte. Der Versailler „Vertrag" ist gefallen. Er bleibt natürlich „in Geltung", wird peinlich gehütet, aber seine Bestimmungen, die Deutschland benachteiligen, sind durch Abkommen entgiftet, werden anders ausgeführt, haben einen Verständigungen zu weichen. Locarno-Abkommen, Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und der neue Einklang Briand-Stresemann machten den Weg zur vollen Gesamtverständigung Deutschland-Frankreich frei.

Dieser Weg ist nur durch Beseitigung und Ueberwindung schwerster Hindernisse gebahnt worden — hüben und drüben. Die deutschen Nationalisten arbeiteten gleichsam Hand in Hand mit den französischen. Ihr Weizen blühte, die Pariser Diktate, die Sanktionen, die Ruhrbesetzung waren der Tagesordnung waren. Die Niederlage des unheilvollen Nationalen Blocks empfanden die deutschen Deutschnationalen als einen schweren Schlag. Sie hofften auf Poincarés Wiederkehr — und er kam wieder. Aber er ist schlapp geworden. Er kann keine racheschnaubenden Diktate mehr diktieren, an denen die Deutschnationalen ihre Revanchepolitik aufschrauben könnten. Die von nationalistischen Ministern, Parteiführern und Parteien getragene französische Regierung, daß heute Verständigungspolitik treiben, so gründlich haben sich die Verhältnisse gewandelt. Die Nationalisten haben schlechte Tage — hüben und drüben. Der Fortschritt geht über sie hinweg.

Freilich ist noch nicht alles in Butter. Das wäre auch geschichtlich betrachtet — unmöglich, denn nur im fortwährenden Streben und in rastloser Arbeit liegt das Element des Erfolges. Der erzielte Einklang ist zunächst grundsätzlicher Art, in der Umsetzung in die Praxis müssen sich die Kräfte jetzt messen. Aber wie die Dinge liegen, bedeutet jeder praktische Schritt — auch der kleinste — für Deutschland Erleichterung, für Frankreich Bindung an den Genossen, für beide aber immer festere gemeinsame Organisierung. Der Weg, einmal betreten, führt unbeirrt zum Ziel.

Wir Sozialisten wissen natürlich, daß diese erfreulichen Wandlungen auch ihre Ursachen haben. Wir wissen leider, daß diese Ursachen sozialer, wirtschaftlicher, finanzieller Art sind, wenigstens ihrem Urgrunde nach. Frankreich in schwerster Finanzkrise, es kann seine Währung nicht halten ohne Zuhilfenahme der Umwelt, nicht ohne Vermehrung seiner militärischen Lasten, nicht ohne günstige Wirtschaftsverträge. Wenn so gewichtige Tatsachen sprechen, ist starre Politik nicht mehr möglich, die Verständigung eine Notwendigkeit. Aber das bestätigt nur, daß endlich der Not gehorcht wird. Wenn nur immer die Not — auch die soziale Not — erst so mächtig wäre, sich in Gemeinschaft, in Taten, in Aufbau durchzusetzen! Dann wären nicht nur politische Verständigung und Frieden, sondern auch der internationale Sozialismus in erreichbarer Nähe.

Anfang Oktober werden die Verhandlungen über die praktische Durchführung des Besatzungsabbaues, der Rückzahlung des Saargebiets, der wirtschaftlichen Abkommen usw. beginnen. Alle fortschrittlichen Kräfte hüben und drüben müssen eingesetzt werden, um die Gesamtfragen zu lösen und in absehbarer Zeit, in Monaten, nicht erst in Jahren, die volle Verständigung durchzuführen.

\•

Pariser Beurteilung

P. Paris, 21. September. (Eig. Drahtb.)

Das Ergebnis des französischen Ministerrates vom Dienstag hat gezeigt, daß die Befürchtungen, Poincaré und die den reaktionär-nationalistischen Parteien angehörenden Mitglieder des Kabinetts könnten die Briandsche Friedenspolitik sabotieren, nicht ganz begründet waren. Der Ministerrat hat nicht nur Briand zu seiner Haltung in Genf beglückwünscht, sondern, wie die amtliche Veröffentlichung unterstreicht, einmütig seine Unterredung mit Stresemann gebilligt und sich für deren Weiterführung ausgesprochen. Der von den beiden Ministern in Aussicht genommenen neuen Zusammenkunft zur Fortsetzung der in Thoiry begonnenen Diskussion über eine Generalliquidation aller zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Streitfragen und Interessengegensätze steht also von französischer Seite nichts mehr im Wege. Man hofft hier, daß der am Donnerstag in Berlin zusammentretende Ministerrat zu ähnlichen Beschlüssen gelangen werde.

Die außerordentliche Bedeutung des heutigen Beschlusses liegt vor allem darin, daß die von Briand eingeleitete Politik einer deutsch-französischen Annäherung auf dem Wege der restlosen Vereinigung aller aus dem Krieg entstandenen Konflikte und Reibungsflächen die Zustimmung einer französischen Regierung gefunden hat, in der die Parteien des ehemaligen nationalistischen Blocks durch ihre bekanntesten Führer vertreten sind und daß kein Geringerer als Poincaré selbst sich bereit gefunden hat, diese Politik, die den Bruch mit seiner eigenen Vergangenheit bedeutet, mit seiner Autorität und seinem Prestige zu decken. Damit ist auch der Polemik, mit der die nationalistische Presse die großzügigen Briand-Stresemannschen Projekte totschlagen zu können geglaubt hatte, jeder Wind aus den Segeln genommen.

Auf der andern Seite allerdings wird man nicht glauben dürfen, daß nun von französischer Seite tatsächlich bereits alle Schwierigkeiten und Hindernisse aus dem Wege geräumt sind. Die Zustimmung, die Briands Initiative im französischen Ministerrat gefunden hat, ist zunächst nur grundsätzlicher Natur. Die Erklärung läßt deutlich durchblicken, daß der Meinungsaustausch sich einstweilen nur auf die prinzipielle Seite der Angelegenheit beschränkt hat und daß die Einzelfragen, die den Gegenstand der bevorstehenden deutsch-französischen Auseinandersetzung bilden sollen, erst im nächsten Ministerrat eingehend geprüft werden sollen. Gerade über das Ausmaß der Konzessionen, die Frankreich einer Entente mit Deutschland zu bringen haben würde, gehen hier die Meinungen sehr stark auseinander, und es liegt auf der Hand, daß auch innerhalb der französischen Regierung diese Meinungsverschiedenheiten nicht nur bestehen, sondern auch gelegentlich der angekündigten Fortsetzung der Diskussion zum Austrag kommen werden. Das Entscheidende aber ist jedenfalls, daß sich die jetzige französische Regierung mit Poincaré an der Spitze für die Politik eines engeren Zusammengehens mit Deutschland ausgesprochen hat. Das ist ein Ergebnis, das die größten Optimisten sich noch vor wenigen Wochen nicht hätten träumen lassen.

\•

Bestätigung der Einstimmigkeit

P. Paris, 22. September. (Eig. Funk.) Der Eindruck, der der Beschluß des Ministerrats in den politischen Kreisen von Paris hinterlassen hat, ist ein außerordentlich günstiger. Im Auswärtigen Amt wurde am Dienstag abend bei einem Pressempfang den Journalisten erklärt, daß der Bericht Briands über seine Besprechung mit Dr. Stresemann vom Ministerrat mit großer Befriedigung aufgenommen worden sei. Es sei keinerlei prinzipieller Widerstand gegen die Fortsetzung des von Briand angebahnten Kurses der Außenpolitik laut geworden. Die Minister hätten zwar an Briand verschiedene Fragen gerichtet, aber keiner der Ministerkollegen Briands, am wenigsten die Minister des früheren Nationalen Blocks, von denen man es befürchtet hatte, hätten in irgendeiner Form gegen eine Fortsetzung der Aussprache mit Deutschland einen prinzipiellen Einwand erhoben.

\•

Anfang Oktober Weiterverhandlung

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann reist am Mittwoch abend von Genf ab und trifft am Donnerstag abend in Berlin ein. Am Freitag wird er vor dem Reichskabinett über seine Besprechungen mit Briand einen ausführlichen Bericht erstatten. Die Reichsregierung wird den vorläufigen Abmachungen vollinhaltlich zustimmen, so daß bereits Anfang Oktober gemäß den Vereinbarungen zwischen Briand und Stresemann die Sachverständigen der beiden Regierungen zu den vorbereitenden Besprechungen zusammentreten können. Es ist noch fraglich, ob das in Berlin oder Paris geschieht.

Die Weltwirtschaftskonferenz beschlossen

T. Genf, 21. September. (Eig. Drahtb.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes genehmigte am Dienstag nach einer Rede des französischen Delegierten Loucheur und des deutschen Vertreters von Rheinbaben die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz. Der Bericht Loucheurs schloß mit dem Hinweis auf die von dem Außenminister Stresemann stammende Aeußerung, daß die Entwicklung der internationalen Wirtschaft in den letzten Jahren die brüderlichen Formen zersprenge und neue Formen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gesucht und gefunden werden müssen. Der Volksparteiler v. Rheinbaben redete französisch und erinnerte daran, daß Deutschland schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund bereit gewesen sei, an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz mitzuwirken. Die allgemeine Krisenlage, welche durch die zerstörte Kaufkraft der Völker, die Arbeitslosigkeit und durch neue Grenzen sowie verschärfte Zollschranken entstanden sei, zwinge zu einer gemeinsamen Sanierungsanstrengung, die auf dem Wege einer Erleichterung des internationalen Handels, einer Vereinfachung der Transportverhältnisse, sowie durch bessere Organisation der Produktion und des Warenaustausches versucht werden müsse. Als Hauptsache für das Gelingen der Konferenz bezeichnete der Redner die Gewinnung der öffentlichen Meinung.

Religion und Sozialdemokratie

Der Entwurf des neuen Parteiprogramms der österreichischen Sozialdemokratie enthält auch einen Abschnitt, der von dem **Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion und zur Kirche** handelt. Diesen Abschnitt leiten folgende Sätze ein:

Die Sozialdemokratie vereinigt alle, die an dem Klassenkampf der Arbeiterklasse und der um sie gescharten Volksklassen teilnehmen wollen, ohne Unterschied ihrer religiösen Ueberzeugung. Sie betrachtet die Religion als Privatsache des einzelnen.

Die Sozialdemokratie bekämpft also nicht die Religion; aber sie kämpft dagegen, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften ihre Macht über die Seelen dazu benutzen, dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse entgegenzuwirken und dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie zu stützen.

An diese einleitenden Sätze knüpft der Programmentwurf die Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat, von Kirche und Schule, und führt ausführlich an, welche Forderungen wir im Kampfe um die Trennung von Staat und Kirche stellen und durchsetzen müssen.

Dieser Entwurf wird gegenwärtig in unsrer österreichischen Bruderpartei diskutiert und die Wiener Arbeiterzeitung nimmt in einem Artikel dazu Stellung; es ist die gleiche, wie sie die deutsche Sozialdemokratie zur Religionsfrage (siehe den offiziösen Kommentar zum Heidelberger Programm) einnimmt. Für uns in Deutschland ist die gesamte Kirche dasselbe, was für katholische Länder wie Oesterreich der Klerikalismus ist. Da das Thema „Religion, Kirche und Sozialismus" im sächsischen Wahlkampfe eine erhebliche Rolle spielen und von unsern Gegnern nach bekanntem Schema verfälscht werden wird, geben wir die wichtigsten Teile des Artikels unsres Wiener Bruderblattes nachstehend wieder; er ist gleichzeitig eine ausgezeichnete populäre Darstellung des marxistischen Standpunktes zum Religionsproblem.

In einem Dorfe gärt es. Die Keuschler, die im Forste des Bischofs arbeiten, wehren sich gegen die Ausbeutung. Die Kleinbauern wehren sich dagegen, daß die Urhausbesitzer ihnen die Mitnutzung der Alm vorenthalten. Die Kleinpächter wehren sich gegen die Erhöhung der Pachtzinse.

Eine Versammlung findet statt. Ein sozialdemokratischer Redner ist da. Er ruft den Kleinen und Armen im Dorfe zu: Vereinigt euch, Arbeiter, Keuschler, Kleinpächter, Kleinbauern, geegn den bischöflichen Großgrundbesitzer und gegen die reichen Protzenbauern, die euch bedrücken!

Da erhebt sich der Pfarrer. Er warnt: Traut dem Roten nicht! Die Sozialdemokraten sind gottlose Menschen. Sie glauben nicht an unsern Heiland. Sie beten nicht zur Gottesmutter. Sie wollen euch die Religion aus den Herzen reißen!

Der Sozialdemokrat antwortet: Die Religion ist uns Privatsache des einzelnen. Ich bin, für meine Person, Freidenker. Aber ich weiß: ihr seid gläubige Christen. Das soll uns nicht entzweien. Was immer jeder einzelne von uns über Gott, das Jenseits, die Bibel denkt: wir wollen uns zusammenschließen zum gemeinsamen Kampfe gegen die, die uns ausbeuten, zusammenschließen zum Kampf um höheren Lohn im Forst, gegen die Erhöhung der Zinse für das Pachtland, für die gleiche Nutzung aller an der Alm.

Wutentbrannt erwidert der Pfarrer: Die Religion ist nicht Privatsache des einzelnen! Sie ist die Grundlage der Gesellschaft und des Staates! Darum darf kein gläubiger Christ den Ratschlägen des Hetzers folgen, der selbst bekannt hat, daß er Freidenker, daß er ein Gottloser ist.

Der Sozialdemokrat antwortet: Ja, für den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260922/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG